

Vortragsunterlagen - Informationsbeschaffung

Tim M. Hoesmann, Rechtsanwalt

Anton-Saefkow-Str. 70
10407 Berlin

Telefon: 030 – 23 27 09 83
mail@presserecht-aktuell.de

Internet:

www.presserecht-aktuell.de

facebook.com/hoesmann

xing.com/profile/TimM_Hoesmann

twitter.com/medienrechtler



www.presserecht-aktuell.de

Informationsbeschaffung

In der Verfassung gibt es keine Informationspflicht

Unterscheidung Staat - Privatperson

Bzgl. Staat in LPG geregelt

Unterscheidung in Auskunftsrechte und Teilhaberechte

Informationsbeschaffung - Staat

Auskunftspflicht in § 4 LPG für Behörden

Bei einer Behörde ist nicht jeder Beamte, sondern nur Behördenleiter, offizielle Sprecher befugt

Nutzer: jeder nachweisliche Journalist

Es muss ein Publikationsinteresse bestehen

Konkrete Aufforderung muss bestehen

Keine Pflicht zur Zulassung einer umfangreichen Recherche
und die Kundgabe der eigenen Meinung

Im Gesetz Verweigerungsbestände aufgenommen

Nachrichtensperren sind eine freiwillige Vereinbarung

Informationsbeschaffung - Staat

Teilhaberechte (Pressekonferenz, Hintergrundgespräch)

keine gesetzliche Grundlage, aus der Verfassung hergeleitet Art. 3 iVm. Art 5 GG

Grenze bildet die Knappheit der natürlichen Ressource

Beschränkungen müssen objektiv nachweisbar sein

Qualität und Qualifikation der Journalisten kein Auswahlgrund

Informationsbeschaffung - Private

gegenüber Privatpersonen bestehen keine Auskunftsansprüche

diesen steht es frei, Journalisten Zutritt zu gewähren

Versammlungen, Konzerte, Vorträge

Ausnahme: öffentliche Versammlungen nach § 6 II VersG

politische Parteien müssen einen Rechenschaftsbericht vorlegen

Kapitalgesellschaften müssen Jahresbericht offenlegen

Informantenschutz

Es gibt in Deutschland keinen kodifizierten Informantenschutz

Zeugnisverweigerungsrecht – keine Pflicht!

Journalisten haben nach § 53 Abs. 1 StPO Zeugnisverweigerungsrecht bzgl. Informant

Recht gilt für alle Beschäftigten des Mediums (z.B. Buchhalter)

Recht gilt auch für „rechtswidrig beschafftes oder erlangtes“ Material

für Journalist unerheblich, wie Material beschafft wurde

Vertrauensverhältnis zwischen Reporter und Informant ist entscheidend

Nehmen Sie das Recht zu schweigen in Anspruch

Informantenschutz

Beschlagnahme- und Durchsuchungsverbot

Redaktionsräume sind nach § 97 Abs. StPO geschützt

auch Privatwohnung, Auto, Unterlagen

Problem: Anschuldigung „Beihilfe zum Geheimnisverrat“

Durchsuchung u.U. möglich – es muss ein Anfangsverdacht bestehen

gerichtliche Überprüfung erst später

Informanten - Exklusivverträge

Exklusivverträge sind für Privatpersonen zulässig

Kein Ausschluss/Verbot der Berichterstattung für andere Journalisten

Journalisten dürfen sich aus anderen Quellen informieren

Pressekodex (1.1) hat keine rechtliche Bindungswirkung